

Sanktionen, Neutralität, Gute Dienste – oder alles gleichzeitig? Das Parlament setzt den Bundesrat unter Druck

Der Streit um die Haltung der Schweiz gegenüber Russland intensiviert sich. Am Montag dürfte das Parlament den Bundesrat dazu auffordern, sämtliche Sanktionen der EU zu übernehmen. Der Bundesrat könnte dem nun zuvorkommen.

Andri Rostetter
27.02.2022, 16.36 Uhr

Hören Merken Drucken Teilen



Soll die Schweiz Sanktionen gegen Russland verhängen? Ja, findet ein Grossteil der Bevölkerung. Manuel Lopez / Keystone

Mit dem Beginn des Krieges in der Ukraine hat sich zwischen dem Bundesrat und dem Parlament ein Graben geöffnet. Der Bundesrat hat sich dazu entschlossen, die Sanktionen der EU gegen Russland nicht zu übernehmen. Er verurteilte den Krieg zwar scharf und kündigte Massnahmen an, damit die Sanktionen der EU nicht über Schweizer Territorium umgangen werden können. Doch darüber hinaus blieb die Haltung der Regierung diffus.

Dass die Position des Bundesrats auch ein Abbild interner Differenz ist, legten die jüngsten Auftritte von Ueli Maurer und Karin Keller-Sutter nahe. Keller-Sutter liess am Sonntag durchblicken, dass sie schärfere Massnahmen gegen Russland unterstütze.

Eine komplett gegensätzliche Haltung vertrat Maurer in einer SRF-Sendung am Donnerstag. Er sprach von der «russischen Seele», die gedemütigt worden sei. «Es ist, wie wenn ein Hund an der Kette ist. Dann kann man ihn schlagen. Und wenn er loskommt, rächt er sich.» Man habe trotz allen Konflikten immer ein gutes Verhältnis zu Russland gepflegt. Die Schweiz könne als neutraler Kleinstaat zur Deeskalation beitragen – «und das muss auch unser Ziel sein».

Dass die Haltung des Gesamtbundesrats im Parlament nicht mehrheitsfähig ist, kristallisierte sich in den vergangenen Tagen deutlich heraus. Schon am Freitag hatte die Staatspolitische Kommission des Nationalrats einen Antrag eingereicht, in welchem der Bundesrat aufgefordert wird, den Druck auf Russland zu erhöhen.

Die Schweiz solle sich den EU-Sanktionen gegen Russland anschliessen und die Bevölkerung der Ukraine mit humanitärer Hilfe unterstützen. «Die Schweiz als wichtigster Rohstoffhandelsplatz und bedeutender Standort für Finanzdienstleistungen für russische Konzerne muss entsprechend Verantwortung übernehmen», heisst es in dem Antrag.

Einzig die SVP ist dagegen

Die Kommission verlangt, dass der Nationalrat eine Erklärung abgebe, in welcher der «völkerrechtswidrige Angriffskrieg der politischen und militärischen Führung Russlands gegen die Ukraine aufs Schärfste» verurteilt werde und die Konfliktparteien zu einem sofortigen Waffenstillstand aufgerufen würden.

Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass sich der Bundesrat sehr bald mit diesen Forderungen befassen muss. Am Montag beginnt in Bern die Frühjahrssession der eidgenössischen Räte. Die Traktandierung des Antrags bereits für die erste Sitzung am Nachmittag dürfte eine reine Formsache sein, wie Ratspräsidentin Irène Kälin (Grüne) auf Anfrage sagt.



Nationalratspräsidentin Irène Kälin. Peter Klauwzer / Keystone

Somit könnte der Nationalrat den Antrag schon kurz nach Sessionsbeginn behandeln. Dass er den Forderungen zustimmen wird, ist absehbar. Die einzige Fraktion, die der Linie des Bundesrats folgt, ist die SVP. Pikanterweise sind es auch die beiden SVP-Bundesräte, die für Sanktionen in erster Linie zuständig sind, insbesondere Guy Parmelin mit dem Staatssekretariat für Wirtschaft. Das Staatssekretariat für internationale Finanzfragen, das zu Maurers Departement gehört, ist massgebend, wenn es um Strafmassnahmen gegen russische Finanzinstitute geht.

Auch im Volk stösst die Haltung des Bundesrats auf Widerstand. Laut einer repräsentativen Umfrage im Auftrag des «Sonntags-Blicks» spricht sich eine knappe Mehrheit von 52 Prozent dafür aus, dass sich die Schweiz den Sanktionen der EU und der USA anschliesst. 24 Prozent sind dagegen, der Rest ist unentschieden.

Am Sonntagmorgen war noch nicht klar, wie der Bundesrat weiter vorgehen will. Mittlerweile steht fest, dass er sich am Montag um 11 Uhr 30 zu einer ausserordentlichen Sitzung zum Thema Ukraine treffen und die Ergebnisse anschliessend kommunizieren wird. Das teilte der Bundesratssprecher André Simonazzi am Sonntagnachmittag mit. Damit könnte der Bundesrat dem Parlament sogar noch vorgreifen.

Zeitgleich mit der Session beginnt am Montag in Genf die ordentliche Sitzung des Uno-Menschenrechtsrats. Am Freitag kündigte Russland einen Besuch von Aussenminister Sergei Lawrow in Genf an, wo er an einer Abrüstungskonferenz sprechen werde. Laut einem Bericht der Tamedia-Zeitungen will Aussenminister Ignazio Cassis die Gelegenheit nutzen, um als Vermittler aufzutreten.

Die Warnung des Professors

Die Haltung des Bundesrats hat eine intensive Diskussion über die Interpretation der Neutralität ausgelöst. Die Schweiz habe aus der Neutralität eine identitätspolitische Frage gemacht, die ein Eigenleben entwickelt habe, sagte Sacha Zala, Historiker und Direktor der Forschungsstelle Dodis, am Samstag gegenüber den CH-Media-Zeitungen. Die schweizerische Neutralität sei viel stärker als innenpolitisches Identifikationsmerkmal und Rechtfertigungsdiskurs denn als aussenpolitische Richtlinie zu betrachten.

Thomas Cottier, emeritierter Professor für europäisches und internationales Wirtschaftsrecht, warnte in den Tamedia-Zeitungen davor, den Verzicht auf Sanktionen mit der Neutralität zu begründen. Diese Haltung könne schwerwiegende Konsequenzen für die Schweiz haben, zumal dies im Ausland als Feigenblatt zum Schutz von wirtschaftlichen Interessen der Schweiz und Russlands interpretiert werde. «Wenn sich die Schweiz den Massnahmen der EU nicht anschliesst, wird das die ohnehin schwierigen Beziehungen und kommende Verhandlungen zusätzlich belasten.»

Nach monatelangen Streitereien über den Freiheitsbegriff steht der Schweiz damit die nächste Debatte ins Haus – über die Bedeutung der Neutralität in einer Welt, in der demokratische Staaten von autokratischen Regimen offen angegriffen werden.